Kanada

ES MUSS NOCH VIEL GETAN WERDEN

Ravi Malhotra

Einleitung

Die kanadische Regierung hat das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) am 11. März 2010 während der Olympischen und Paralympischen Spiele in Vancouver ratifiziert.[1] Dies war das Ergebnis einer jahrelangen harten Arbeit und Lobbyarbeit von Aktivisten in Zusammenarbeit mit der kanadischen Regierung. Obwohl Kanada bereits einige Schritte zur Bekämpfung von Marginalisierung und Diskriminierung behinderter Menschen unternommen hatte – einschließlich der richtungsweisenden Einbindung des grundlegenden Verbots von Diskriminierung aufgrund von Behinderung in Abschnitt 15, die Bestimmungen über Chancengleichheit, in der 1982 angenommenen Kanadischen Charta der Rechte und Freiheiten (Canadian Charter of Rights and Freedoms) – war die Ratifizierung im Jahr 2010 ein bedeutender Meilenstein bei der Verfolgung der Chancengleichheit von Menschen mit Behinderungen. In diesem kurzen Bericht sollen die Fragen der Autoren beantwortet und der Ablauf skizziert werden, um die Bedeutung der UN-BRK hervorzuheben, die gemeinsam von zwei führenden Behindertenrechtsorganisationen, dem Council of Canadians with Disabilities (CCD) und der Canadian Association for Community Living (CACL)[3] vorgeschlagen worden war. In zwei kanadischen Gerichtsbeschlüssen wurde bereits Bezug auf die UN-BRK genommen. Dies spricht dafür, dass Rechtsanwälte danach streben, eine Änderung über das Rechtssystem herbeizuführen.

Stand der Umsetzung

Da die Ratifizierung durch Kanada erst kürzlich erfolgte, ist es noch zu früh, um zu sagen, welche langfristigen Auswirkungen die UN-BRK auf die Lebensqualität von Menschen mit Behinderungen haben wird. Jedoch gibt die Entwicklung für eine bedeutungsvolle Veränderung, wie sie gemeinsam von der CCD und der CACL und von mehr als

hundert Behindertenorganisationen[4] vorgeschlagen wurde, nicht nur Grund zum Optimismus, sondern auch zur Vorsicht. Auf der einen Seite ist es beachtlich, wie eindeutig einige entscheidende Bestimmungen der UN-BRK die Vorschriften der Kanadischen Charta der Rechte und Freiheiten widerspiegeln. So ähnelt beispielsweise Artikel 5 der UN-BRK über Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung den im Abschnitt 15 der Charta genannten Rechten über Chancengleichheit. Ebenso steht das in Artikel 24 genannte Recht auf Bildung im Einklang mit den kanadischen Werten und dem Wechsel in Richtung Integration.[5] Dies könnte auf den Einfluss der kanadischen Delegation bei dem Entwurf des Übereinkommens zurückzuführen sein. Auf der anderen Seite muss noch ein Mechanismus geschaffen werden, um sicherzustellen, dass Kanada die Bestimmungen der Behindertenrechtskonvention erfüllt. Der von CCD und CACL gemeinsam unterbreitete Vorschlag fordert die Kanadische Menschenrechtskommission (Canadian Human Rights Commission, CHRC) auf, die Leitung für die Überwachung der UN-BRK in Zusammenarbeit mit regionalen und territorialen Menschenrechtskommissionen zu übernehmen; dies gilt angesichts der politischen Realität, dass die Schaffung einer gesonderten Behörde für diesen Zweck wahrscheinlich nicht realisierbar ist.[6] Dies folgt dem Beispiel im Vereinigten Königreich, in Frankreich, Deutschland, Neuseeland und Australien.[7] Außerdem spricht die Überschneidung der Diskriminierung aufgrund von Behinderung und anderen Gründen wie Rasse, Geschlecht oder sexuelle Neigung dafür, die Aufgabe der Überwachung der CHRC zu übertragen.[8] Dennoch, wie im Vorschlag von CCD und CACL angemerkt, kann die CHRC in dieser Eigenschaft nur dann effektiv sein, wenn ihr die entsprechenden Mittel für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt werden und sie – angesichts der Tatsache, dass Kanada ein Bundesstaat ist – die Möglichkeiten hat, mit den regionalen Partnern in einem Netzwerk in einem ständigen Austausch kommunizieren zu können.[9]

Genauer gesagt, wird in dem Vorschlag von CCD und CACL die Schaffung einer hoch situierten Anlaufstelle auf der stellvertretenden Ebene eines ministeriellen Beraters oder höher gefordert; diese könnte die Zusammenarbeit zwischen den Ministerien koordinieren, um eine wirkliche Übereinstimmung mit den von Kanada in Artikel 33 der UN-BRK geforderten Verpflichtungen sicherzustellen, in welchem die Vertragsstaaten des Übereinkommens aufgefordert werden, eine staatliche Anlaufstelle für die Durchführung der UN-BRK zu schaffen und einen Koordinierungsmechanismus zu bestimmen.[10] Außerdem

wird in dem Vorschlag die kanadische Bundesregierung aufgefordert, einen Mechanismus zu schaffen, der die Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und den Regionalregierungen sowie eine effektive Konsultation mit den Behindertenverbänden bezüglich der in Artikel 4 (3)[11] der UN-BRK geforderten Durchführung ermöglicht. Dieser Schritt wird als notwendig erachtet, da Kanada im April 2012[12] einen Bericht über seine Übereinstimmung mit der UN-BRK vorlegen muss. Außerdem wird die Ernennung eines Behindertenbeauftragten auf jeder Regierungsebene zur Überwachung von Politik und interministeriellen Ausschüssen empfohlen, um die Koordinierung zu erleichtern.[13] Drittens befürwortet der Vorschlag die Einsetzung eines Ständigen Parlamentarischen Ausschusses über Angelegenheiten in Zusammenhang mit Menschen mit Behinderungen, um die effektive Durchführung der UN-BRK sicherzustellen. In diesem Zusammenhang soll der Ständige Ausschuss dafür sorgen, dass der oberste Rechnungsprüfer bei Bedarf in Bezug auf staatliche Regierungsprogramme angehört wird.[14]

Einige wichtige Bereiche, die in dem Vorschlag von CDD und CACL hervorgehoben werden, sind folgende:

- Die Unterstützung von Menschen mit Behinderungen in Bezug auf jeden Artikel der UN-BRK,
- die Reduzierung der in Armut lebenden Menschen mit Behinderungen durch Steuerbegünstigungen oder andere einkommensunterstützende Programme gemäß Artikel 28,
- die Erhöhung der Teilhabe am Arbeitsmarkt von durch Behinderung betroffener kanadischer Staatsbürger durch geeignete Arbeitsförderungsvereinbarungen mit den Regionalregierungen in Übereinstimmung mit Artikel 27,
- die Beseitigung von Zugangshindernissen zu Wahlen und zur physischen Umwelt gemäß Artikel 9 und 21 und
- die Zusammenarbeit mit der Kanadischen Internationalen Entwicklungsbehörde (Canadian International Development Agency, CIDA), um sicherzustellen, dass Kanada die Rechte von Menschen mit Behinderungen auf internationaler Ebene gemäß den Artikeln 32 und 34 fördert.

Die Hilfen für Menschen mit Behinderungen umfassen Unterstützungsdienste, die ihnen den Zugang zu Wohnung, Beschäftigung sowie die Teilhabe am politischen Leben ermöglichen.[15]

Hervorzuheben ist, dass Kanada das Fakultativprotokoll der UN-BRK weder unterzeichnet noch ratifiziert hat, das Einzelpersonen wie Personengruppen das Recht einräumt, die Vertragsstaaten mithilfe des Ausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen[16] für die Nichteinhaltung der UN-BRK verantwortlich zu machen. Dies ist ein entscheidender Schwachpunkt, der umgehend berichtigt werden sollte. Zweitens machte Kanada zwei Einschränkungen bei der Unterzeichnung der UN-BRK. Die erste Einschränkung betrifft Artikel 12, der sich auf die Rechts- und Handlungsfähigkeit bezieht.[17] Wie Mary Keys bemerkte, hängt die Wahrnehmung vieler weiterer Rechte in der UN-BRK von der Rechts- und Handlungsfähigkeit ab.[18] Kanada hat jedoch angedeutet, dass es sich für den Fall, dass Artikel 12 so interpretiert werden könnte, dass jede ersatzweise Entscheidung eliminiert werden solle, das Recht vorbehält, weiterhin an der ersatzweisen Ausübung von Rechten erforderlichenfalls festzuhalten, und zwar durch wirksame Sicherungen. Außerdem behält sich Kanada das Recht vor, nicht alle Maßnahmen der ersatzweisen Entscheidungen regelmäßigen Kontrollen durch eine unabhängige Behörde zu unterwerfen.[19] In dem Vorschlag von CCDE und CACL wird festgestellt, dass diese Einschränkung impliziert, dass Kanada nicht voll hinter den der UN-BRK zugrunde liegenden Leitgedanken steht und fordert deshalb, diese Entscheidung erneut zu überprüfen.[20]

Eine zweite Einschränkung wurde seitens Kanadas hinsichtlich Artikel 33 (2) dahingehend gemacht, dass dieser so verstanden wird, dass die Bundesstaaten die Strukturen dort, wo die Zuständigkeiten auf verschiedene Regierungsebenen verteilt sind, angepasst werden, damit mit den bestehenden Mechanismen die vertraglichen Verpflichtungen erfüllt werden können[21]. Obwohl die Behindertenvertreter immer wieder darauf aufmerksam machen, dass die bestehenden Mechanismen nicht ausreichen, um die volle Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen realisieren zu können, kann man an der Realität der Bundesstaaten nicht vorbeisehen, die schlichtweg eine effektive Zusammenarbeit seitens der Behindertenvertreter sowohl mit den Regierungen auf regionaler beziehungsweise territorialer Ebene als auch mit Mitarbeitern auf bundesstaatlicher Ebene erforderlich macht.

Schließlich ist es auch interessant festzustellen, dass trotz der erst jüngst erfolgten Ratifizierung der UN-BRK durch Kanada bereits in zwei Gerichtsbeschlüssen auf das Übereinkommen Bezug genommen

wurde. Im Fall Leobrera gegen Kanada (Minister of Citizenship and Immigration/Minister für Bürgerrecht und Immigration) nahm das Bundesgericht bei seiner Entscheidung unter anderem Bezug auf die UN-BRK, dass zum Wohle des Kindes der Test nicht auf minderjährige Immigranten mit Behinderungen angewandt werden kann.[22] Im Fall Brown gegen die Kommission der Hauptstadt von Kanada (National Capital Commission) führte das Bundesgericht – obwohl es diese Meinung nicht vertrat – das Argument des Anwalts auf, der darauf hinwies, dass die UN-BRK für Dienstleister die Verpflichtung enthält, angemessene Vorkehrungen zur Beratung von Menschen mit Behinderungen zu treffen.[23]

Chancen für Inklusion

Seit den frühen 1980er Jahren gehört die Inklusion zu den politischen Konzepten, als die regionalen Menschenrechtsgesetze, wie z.B. die von Ontario, um den Schutz vor Diskriminierung und die Rechte behinderter Menschen ergänzt wurden; Behindertenvertreter hatten sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass Diskriminierung aufgrund von Behinderung in die Kanadische Charta über Rechte und Freiheiten aufgenommen wurde.[24] Erst kürzlich erließ Ontario – Kanadas bevölkerungsreichste Region – das Behindertengesetz über Barrierefreiheit für die Bürger von Ontario (bekannt unter dem Namen Accessibility for Ontarians with Disabilities Act, 2005, AODA) nach dem Vorbild des Amerikanischen Behindertengesetzes (Americans with Disabilities Act).[25] Theorie und Praxis sind jedoch zwei verschiedene Dinge. Weit verbreitete und systematische Barrieren behindern nach wie vor die Teilhabe behinderter Menschen im Bereich der Beschäftigung, der Transportmittel und des Wohnungswesens.

Da es noch viele systemische Barrieren gibt, haben sich bereits seit den 1970er Jahren Behindertenvertreter für eine umfassende Inklusion in das gesellschaftliche Leben eingesetzt und seit den frühen 1980er Jahren Erfolge verzeichnet.

Bildung

Menschenrechtsgesetze, die die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Bereich der Bildung schützen, fallen in den Zuständigkeitsbereich der Provinzregierungen Kanadas. Der Zuständigkeitsbereich für die Integration von Schülern mit Behinderungen hängt von

der Art der Behinderung und der Provinz ab. Außerdem bestehen häufig erhebliche Unterschiede selbst zwischen den einzelnen Schulbehörden. Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass der Oberste Gerichtshof von Kanada (Supreme Court of Canada) im Fall Eaton gegen die Schulbehörde von Brant County (Brant County Board of Education) feststellte, dass behinderte Studenten in öffentlichen Hochschulen vermutlich nicht integriert werden.[26] Dies ist zu Recht unvereinbar mit Kanadas Verpflichtungen gegenüber der UN-BRK. Eine weitere noch anhängige Entscheidung ist der Fall Moore gegen das Bildungsministerium (Ministry of Education) von British Columbia, in dem behauptet wird, dass der Schulbezirk und das Bildungsministerium Herrn Moore, einem unter Legasthenie leidenden Schüler, nicht die nötige intensive Unterstützung gewährt habe, um bereits in jüngeren Jahren daraus Nutzen zu ziehen; das war ein Verstoß gegen seine Rechte im Sinne des British Columbia Human Rights Code[27] (Menschenrechtsgesetz von British Columbia). Eine Mehrheit der vom Berufungsgericht behandelten Fälle beruft sich auf einen bei der Entscheidung begangenen Formfehler – und zwar handele es sich bei der betreffenden Dienstleistung um Sonderunterricht und nicht um allgemeinbildenden Unterricht, und die entsprechende Vergleichsgruppe betraf andere Schüler mit Behinderungen, die Unterstützung benötigten – der in diesem Fall dazu führte, dass die Klage von Herrn Moore unwirksam wurde.[28]

Es ist zu hoffen, dass der Oberste Gerichtshof Herrn Moore die Möglichkeit zur Berufung einräumt und das Urteil kassiert, das mit der UN-BRK offensichtlich nicht vereinbar ist; dies bleibt aber noch abzuwarten.

Arbeitsmarkt/Berufsleben

Die Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsmarkt liegt immer noch auf einem sehr niedrigen Niveau. 2006 bezogen nur 52 Prozent der Menschen mit Behinderungen ihr Einkommen in erster Linie aus ihrer beruflichen Tätigkeit, im Vergleich zu 81 Prozent der Menschen ohne Behinderungen.[29] Männer mit Behinderungen verdienten nur 72 Prozent des Durchschnittseinkommens, während Frauen mit Behinderungen 75 Prozent des durchschnittlichen Einkommens von Frauen ohne Behinderungen verdienten.[30] Dies zeigt deutlich, dass die Einbindung in den Arbeitsmarkt trotz jahrzehntelangen Kampfes für den Großteil der behinderten Menschen ein enormes Problem darstellt.

Gesellschaft

In dem Ausmaß, wie Barrieren systembedingt sind und ineinandergreifen, kann man sagen, dass Menschen mit Behinderungen in der kanadischen Gesellschaft insgesamt auf Barrieren stoßen. Barrieren bei Transportmitteln und der Inanspruchnahme von Unterstützungsdiensten können z.B. einzelne Menschen daran hindern, einen Beruf auszuüben und sie so auf ein Leben in Armut führen.

Politisches Leben

Während bedeutende Barrieren weiterhin in allen Bereichen des politischen Lebens und sogar bei den Wahlen[31] bestehen, gab es eine geringe Anzahl von Menschen mit Behinderungen, die sowohl ins Bundesparlament als auch in die Abgeordnetenhäuser der Provinzen gewählt wurden. Zu ihnen gehören der querschnittsgelähmte Steven Fletcher, der seit 2008 sowohl das Amt des Staatsministers für demokratische Reformen als auch das Amt des Staatsministers für Verkehr innehat[32], Rechtsanwalt Kent Hehr, ebenfalls querschnittsgelähmt und Mitglied des Parlaments der Provinz Alberta seit 2008[33] sowie die querschnittsgelähmte Stéphanie Cadieux, die seit 2009 Mitglied des Parlaments der Provinz British Columbia ist und seit Kurzem auch das Amt der Ministerin für Arbeit, Bürgerdienste und öffentliche Arbeit (Minister of Labour, Citizens' Services and Open Government) bekleidet.[34]

Soziale Absicherung

Es gibt für Menschen mit Behinderungen ein großes komplexes Angebot an Programmen zur Einkommensunterstützung. Da Kanada ein Bundesstaat ist, weisen diese Programme von Provinz zu Provinz große Unterschiede auf. Wie in anderen Ländern auch, gibt es gesonderte Programme für Personen mit viel Berufserfahrung, die so genannten Canada Pension Plan Disability Benefits, von denen nahezu 300.000 Anspruchsberechtigte in den Jahren 2005 bis 2006 profitiert haben, und Programme für Personen mit wenig oder gar keiner Berufserfahrung, z.B. das Ontario Disability Support Program, das je nach Provinz variiert und typischerweise als letzter Rettungsanker angesehen wird.[35] Menschen mit Behinderungen im arbeitsfähigen Alter haben im Jahr 2006 etwa dreimal so viel staatliche Unterstützung erhalten wie nichtbehinderte Personen.[36] Obwohl seit der Ratifi-

zierung der UN-BRK keine bedeutenden neuen Gesetze verabschiedet wurden, werden sich die Behindertenvertreter in Zukunft mit Sicherheit auf dieses Übereinkommen berufen.

Formen der Unterstützung

Dieses umfangreiche Thema kann hier nur angerissen werden. Ein Programm ist der Opportunities Fund, der Einzelpersonen mit Behinderungen und Arbeitgebern Zuschüsse für Fortbildungsmaßnahmen gewährt bzw. Einzelpersonen auf dem Weg in die Selbständigkeit unterstützt.[37] 2007 führte die kanadische Regierung den Registered Disability Savings Plan ein, der es qualifizierten Personen mit Behinderungen und ihren Familien ermöglicht, Ersparnisse zu bilden – zumindest in einigen Provinzen – die von einkommensabhängigen Förderprogrammen befreit sind. Die kanadische Regierung stellt ein Sparprogramm, den Canada Disability Savings Grant, zur Verfügung, um qualifizierten Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit zu geben, Gelder anzusparen.[38]

Es gibt eine Reihe bekannter Behindertenorganisationen in Kanada einschließlich behinderungsübergreifender Organisationen, wie den kanadischen Behindertenrat (Council of Canadians with Disabilities, CCD) mit seiner Hauptgeschäftsstelle in Winnipeg und verschiedenen Filialen in den Provinzen und Territorien, das Netzwerk behinderter Frauen (DisAbled Women's Network) und den nationalen Bildungsverband für behinderte Schüler und Studenten (National Educational Association of Disabled Students, NEADS), die sich alle für eine Politik der Stärkung der Autonomie von Menschen mit Behinderungen einsetzen und das gesellschaftliche Modell für behinderte Menschen befürworten, das darauf abzielt, strukturell bedingte Barrieren zu beseitigen, die die Chancengleichheit von Menschen mit Behinderungen beeinträchtigen.[39] Die Organisation Independent Living Canada (Selbstbestimmtes Leben Kanada) repräsentiert und koordiniert Aktivitäten von *Independent living-Zentren* in ganz Kanada zur Förderung der Autonomie behinderter Menschen.[40] Es gibt auch behinderungsspezifische Organisationen wie die Alliance for Equality of Blind Canadians, Canadian Association of the Deaf and People First Canada (Verband für die Chancengleichheit von Menschen mit Sehbehinderungen, kanadischer Verband für Menschen mit Hörbehinderungen), die sich für die Chancengleichheit ihrer speziellen Zielgruppe einsetzen. Alle diese Organisationen haben ein relativ geringes Profil.

Obwohl Kanada eines der reichsten Länder der Welt ist, sind zu viele Kanadier mit Behinderungen von Armut, Arbeitslosigkeit sowie von Barrieren in der Ausbildung und im Wohnungsbereich betroffen. Es muss noch viel getan werden, um den Grundsätzen und Zielen der UN-BRK zum Erfolg zu verhelfen.

Übersetzer: Doris Isabelle Reusch

1| Canadian Charter of Rights and Freedoms, Abschnitt 15, Teil I des Constitution Act (Verfassungsgesetz), 1982, Anhang B des Canada Act 1982 (Vereinigtes Königreich), 1982, c.11.

2| UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities: Making Domestic Implementation Real and Meaningful (VN-Behindertenrechtskonvention: der nationalen Umsetzung Realität und Bedeutung geben), abrufbar unter http://www.ccdonline.ca/en/international/un/canada/making-domestic-implementation-real-and-meaningful-feb2011 (aufgerufen am 10. Juni 2011) [UN Convention]

3| „Implementing the Convention on the Rights of Persons with Disabilities" (Umsetzung der VN-BRK), abrufbar unter http://www.ccdonline.ca/en/international/un/canada/letter-to-MPs-4march2011 (aufgerufen am 10. Juni 2011)

4| UN Convention, siehe Fußnote 3. Siehe Ravi Malhotra & Robin F. Hansen, „The United Nations Convention on the Rights of Persons with Disabilities and its Implications for the Equality Rights of Canadians with Disabilities: The Case of Education" (Die VN-Behindertenrechtskonvention und ihre Auswirkungen auf die Chancengleichheit kanadischer Staatsbürger mit Behinderungen: der Bereich Bildung) (2011) Windsor Y.B. Access Justice (in Kürze erscheinend) (Diskussion über große Barrieren im Bereich der Bildung für Menschen mit Behinderungen und die potenzielle Rolle des Artikels 24).

5| „Monitoring of the CRPD" (Überwachung der VN-BRK), abrufbar unter http://www.ccdonline.ca/en/international/un/canada/monitoring-of-the-crpd (aufgerufen am 10. Juni 2011) [Monitoring].

6| „UN Convention", siehe Fußnote 3.

7| „Monitoring", siehe Fußnote 6.

8| ebd.

9| „UN Convention", siehe Fußnote 3

10| ebd.

11| ebd.

12| ebd.

13| ebd.

14| ebd.

15| „Optional Protocol to the Convention on the Rights of Persons with Disabilities", (Fakultativprotokoll des Übereinkommens über die Rechte der Menschen mit Behinderungen), abrufbar online unter http://treaties.un.org/Pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&mtdsg_no=IV-15-a&chapter=4&lang=en (aufgerufen am 10. Juni 2011).

16| Artikel 12, Übereinkommen über die Rechte der Menschen mit Behinderungen: Resolution von der Generalversammlung am 24. Januar 2007 angenommen, A/RES/61/106, abrufbar unter: http://www.unhcr.org/refworld/docid/45f973632.html (aufgerufen am 14. Juni 2011).

17| *Mary Keys, Legal Capacity Law Reform in Europe: An Urgent Challenge (Die Reform der Rechts- und Handlungsfähigkeit in Europa: ein dringendes Problem) erschienen bei Gerard Quinn & Lisa Waddington, Hrsg., European Yearbook on Disability Law, Band 1 (Antwerp: Intersentia, 2009) 59 / 65.*

18| *United Nations Treaty Collection (VN-Vertragssammlung), abrufbar unter http://treaties.un.org/Pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&mtdsg_no=IV-15&chapter=4&lang=en#EndDec (aufgerufen am 10. Juni 2011)¨ ["Treaty Collection"].*

19| *„UN Convention", siehe Fußnote 3.*

20| *„Treaty Collection" (Vertragssammlung), siehe Fußnote 19*

21| *[2010] F.C.J. Nr. 692 § 67-72 (FCT)(QL) (laut Begründung „zum Wohl des Kindes" war der Test auf eine erwachsene Tochter mit geistiger Behinderung im Zusammenhang mit der Einwanderung nicht anzuwenden).*

22| *[2008] F.C.J. Nr. 927 § 114 (FCT) geändert 2009 FCA 273, [2009] F.C.J. Nr. 1196 (QL) (Gerichtsurteil über die Barriere-Klage eines Rollstuhlfahrers bzgl. einer öffentlichen Treppe.*

23| *David Lepofsky, The Long, Arduous Road To A Barrier-Free Ontario For People With Disabilities: The History Of The Ontarians with Disabilities Act – The First Chapter (Der lange mühselige Kampf um ein barrierefreies Ontario für Menschen mit Behinderungen: Die Geschichte des Behindertengesetzes von Ontario – Das erste Kapitel) (2004) 15 NJCL 125 / 140-46 (Überblick über die Bemühungen zur Änderung der Menschenrechtsgesetze von Ontario und der Charter of Rights and Freedoms)*

24| *SO 2005, c 11.*

25| *[1997] 1 SCR 241.*

26| *2010 BCCA 478, aff"g 2008 BCSC 264, [2008] BCJ Nr. 348.*

27| *ebd. S. 168-83.*

28| *"Advancing the Inclusion of People with Disabilities 2006" (Die Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen im Jahr 2006), abrufbar unter http://www.hrsdc.gc.ca/eng/disability_issues/reports/fdr/2006/page06.shtml (aufgerufen am 10. Juni 2011) ["Advancing"]*

29| *ebd.*

30| *Hughes and Elections Canada 2010 CHRT 4 (Forderung nach barrierefreiem Zugang zu Wahllokalen).*

31| *„The Honourable Steven John Fletcher" (Der Ehrenwerte Steven John Fletcher), abrufbar unter http://www.pm.gc.ca/eng/bio.asp?id=83 (aufgerufen am 10. Juni 2011).*

32| *„Kent Hehr Elected to the Legislative Assembly of Alberta" (Kent Hehr in das Parlament von Alberta gewählt), abrufbar unter http://www.fmc-law.com/News/Kent_Hehr_elected_MLA_in_Calgary.aspx (aufgerufen am 10. Juni 2011).*

33| *„Paraplegic Elected to Legislative Assembly of British Columbia" (Paraplegiker in das Parlament von British Columbia gewählt), abrufbar unter http://www.disaboomlive.com/Blogs/tiffiny/archive/2010/06/22/paraplegic-elected-to-legislative-assembly-of-british-columbia.aspx (aufgerufen am 10. Juni 2011); „Stephanie Cadieux 2010-Present" (Stephanie Cadieux 2010-anwesend), abrufbar unter http://www.cscd.gov.bc.ca/lgd/history/bios_stories/cadieux_stephanie.htm (aufgerufen am 10. Juni 2011).*

34| *„Advancing", siehe Fußnote 29; „Ontario Disability Support Program" (Behindertenförderprogramm von Ontario), abrufbar unter http://www.mcss.gov.on.ca/en/mcss/programs/social/odsp/ (aufgerufen am 10. Juni 2011).*

35| *„Advancing", ebd.*

36| „Opportunities Fund for Persons with Disabilities" (Unterstützungsfonds für Menschen mit Behinderungen), abrufbar unter http://www.hrsdc.gc.ca/eng/disability_issues/funding_programs/opportunities_fund/index.shtml (aufgerufen am 10. Juni 2011).

37| „Registered Disability Savings Plan", abrufbar unter http://www.hrsdc.gc.ca/eng/disability_issues/disability_savings/index.shtml (aufgerufen am 10. Juni 2011).

38| Siehe www.ccdonline.ca; http://www.dawncanada.net/ENG/ENGwelcome.htm; www.neads.ca (aufgerufen am 10. Juni 2011).

39| Siehe http://www.ilcanada.ca/article/what-is-il-canada-149.asp, (aufgerufen am 10. Juni 2011)